

Das Buch

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **51 (1971-1972)**

Heft 3

PDF erstellt am: **30.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE NATIONALE FRAGE IN OSTEUROPA

Problemgeladenes Erbe

Die Lösung der nationalen Frage war und bleibt die wichtigste Voraussetzung einer Beruhigung der Lage in Osteuropa und besonders in Südosteuropa. Jahrhunderte türkischer Herrschaft, der russische Drang nach Westen und deutsche Vorstösse nach Osten hinterliessen ein chaotisches Durcheinander und vergifteten die Beziehungen unter den Völkern dieses Raumes. Bis 1918 vermochten die drei Grossmächte Russland, Deutschland und Österreich-Ungarn eine grössere Explosion der Gegensätze durch ihre politische und militärische Macht zu verhindern; nach 1918 entstand aber ein Ring von Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, zwischen denen schwerwiegende nationale Gegensätze bestanden. Auch Polen war, wenn auch nicht in diesem Ausmass, ein durch die starke Übermacht des nationalbewussten polnischen Elementes zusammengehaltener Vielvölkerstaat. Die schwersten Verluste erlitt das Königreich Ungarn, das mehr als zwei Drittel seiner Fläche und dazu noch sein «Nebenland» Kroatien-Slawonien verlor. Rund ein Drittel der ungarisch sprechenden Bevölkerung geriet unter fremde Herrschaft¹

Die Friedensdiktate nach dem Ersten Weltkrieg schlossen die Anwen-

dung des vom amerikanischen Präsidenten Wilson verlangten Selbstbestimmungsrechtes aus, und so traten an die Stelle des Grossmachtimperialismus eine Anzahl «Kleinstaatimperialismen». Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten blieb – nur wurden jetzt die ehemaligen Unterdrückter zu Unterdrückten und umgekehrt. Das 1918 entstandene Grossrumänien befand sich ständig im konzentrierten Feuer der Territorialansprüche Ungarns (auf Siebenbürgen und die nordwestlichen Randgebiete), Bulgariens (Dobrukscha) und der Sowjetunion (Bessarabien bzw. Moldau); Jugoslawien musste gegen den ungarischen (Batschka-Banat), den bulgarischen (Mazedonien) und den albanischen (Kosovo-Metohija) Grenzrevisionismus kämpfen. Gegenüber der Tschechoslowakei erhoben Ungarn (auf die Slowakei und die Karpatoukraine) und Polen (Tesschen) territoriale Ansprüche; im Hinblick auf das Sudetenland wurde sie auch von Deutschland angefochten. Polen befand sich im Kreuzfeuer der territorialen Ansprüche der Sowjetunion (die östliche Hälfte des Staatsgebietes) und Litauens (Wilno und Umgebung), und auch die grosse deutsche Minderheit verursachte viele Sorgen. Die unter fremde Herrschaft geratenen nationalen Minderheiten bil-

deten mit der im Nachbarland befindlichen Stammnation zum Teil ein zusammenhängendes Ganzes. Das einzige Kampfmittel gegen den Irredentismus der ehemaligen herrschenden Nationen war die Unterdrückung. Was Serben, Rumänen, Tschechen, Slowaken, Polen usw. vor 1918 für sich verlangten, verweigerten sie später den eigenen nationalen Minderheiten. Dadurch wurde der nationale Antagonismus nicht nur auf zwischenstaatlicher Ebene, sondern auch innerhalb der einzelnen Staaten verstärkt. Dazu kam noch die immer tiefer werdende Kluft unter den «staatsbildenden» Nationen: Die Serben unterdrückten Kroaten und Slowenen, die Tschechen die Slowaken.

Lenin und die nationale Selbstbestimmung

Sowjetrussland entstand 1917 im Zeichen einer gerechten Lösung der nationalen Frage. Das neue Regime verkündete, nur die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung könne den nationalen Antagonismus beseitigen. Als einzige Lösung wurde das Recht aller Nationen und Völker auf die Selbstbestimmung bis zur Sezession und Bildung eines neuen Staates proklamiert. Nachdem aber die unterdrückten Völker von diesem Recht Gebrauch machen wollten, standen sie dem grossrussischen Imperialismus gegenüber, der die Sezession überall verhinderte, wo er dies durch seine militärische Übermacht konnte. Das Recht auf Selbstbestimmung diente Lenin nur dazu, in den Staaten, gegen die die Sowjetunion territoriale Ansprüche erhob oder sonst politische Aspirationen hatte, politische Schwierigkeiten heraufzubeschwören, nicht aber um den im eigenen Land

lebenden Völkern die Freiheit zu gewähren. Der «Staat neuen Typs» erklärte sich zum «neuen Staat», wenn es sich um die Rückzahlung von Schulden handelte; in territorialen Fragen betrachtete er sich aber als Nachfolger der Zaren. Dadurch gerieten rund hundert nichtrussische Völker von einer Sklaverei in eine andere, und Russland blieb weiterhin das Völkergefängnis, das sich sogar neue Gebiete (Buchara, Chorezm, Tuva) einverleibte.

1945: Waggons als Lösung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Lage noch komplizierter: Die Sieger in Osteuropa betrachteten die nationale Frage als eine «Waggonfrage», die durch Deportationen und Besiedlung der leer gebliebenen Gebiete durch Angehörige der herrschenden Nation hätte gelöst werden müssen. Diese Barbarei erreichte unter der Herrschaft von Sichel und Hammer einen unvorstellbaren Höhepunkt. In zugenagelten Güterwaggons fuhren die Züge mit deportierten Deutschen nach dem Westen, zum Teil aber auch nach Sibirien, mit deportierten Magyaren aus der Slowakei nach Ungarn und später in die nach der Aussiedlung der Deutschen leer gebliebenen tschechischen Gebiete. Die Sowjets deportierten ganze Nationen und Völkergruppen (Deutsche, Krimtataren, Tschetscheno-Unguschen) sowie Elemente der unter ihre Herrschaft geratenen Polen, Rumänen, Magyaren, Litauer, Letten, Esten usw. nach Sibirien.

Die alten Antagonismen wurden nicht gelöst – sie wurden nun sogar verschärft. Die Unterdrückung der nationalen Minderheiten überschritt alle Vorstellungen. Im Kampf um

Mazedonien prallten Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland zusammen, im Streit um Kosovo-Metohija, Jugoslawien und Albanien. Der Antagonismus zwischen Magyaren einerseits und Rumänen und Tschechoslowaken andererseits, zwischen Bulgaren und Jugoslawen usw. blieb latent, da der grosse Gewinner, die UdSSR, eine Explosion der nationalen Gegensätze im eigenen Bereich nicht zulies. Auch der nationale Widerstand der Rumänen und der Polen gegenüber der die östlichen Gebiete besetzenden Sowjetunion blieb latent, da der «grosse Bruder» jeglichen territorialen Anspruch im Keim erstickt hätte. Der Hass war aber auch bei den Russen vorhanden. Charakteristisch für den Polenhass der Russen ist folgender Bericht in der neuesten polnischen Geschichtsliteratur: Nach der Teilung Polens zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion im September 1939 flüchteten zahlreiche Polen zu den Russen, die jedoch von diesen grundlos sofort verhaftet und zum Teil nach Sibirien deportiert wurden. Nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges protestierte die Londoner polnische Exilregierung gegen die massenhafte Verhaftung polnischer Flüchtlinge, worauf sowjetischerseits Wyshinskij am 1. 10. 1941 erklärte: «Es befanden sich 345 511 Polen in Haft, 42 421 wurden schon befreit»; später ergänzte er seine Erklärung in dem Sinne, dass in diesen Zahlen jene Polen nicht inbegriffen seien, die nach der Einverleibung polnischer Gebiete als Sowjetbürger verhaftet oder deportiert worden seien. Diese Zahl war nach Schätzung der polnischen Exilregierung wesentlich grösser als jene der verhafteten Flüchtlinge².

Prekäre Wissenschaftlichkeit

Die objektive Darstellung der komplizierten nationalen Frage scheint heute in Osteuropa unmöglich zu sein; darum ist es Recht und Pflicht der westlichen Spezialisten, diese Aufgabe zu erfüllen. Die jahrhundertelangen Gegensätze unter den osteuropäischen Völkern erschweren eine objektive Darstellung von Vergangenheit und Gegenwart; auch die Empfindlichkeit der Russen scheint eine wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung auszuschliessen. Für die grossrussische Empfindlichkeit ist charakteristisch, dass anfangs der sechziger Jahre mehrere mongolische Historiker und Politiker gemassregelt oder ihrer Posten enthoben wurden, weil sie in Dschingis-Khan einen nationalen Helden sahen, obwohl die Russen ihn als eine der übelsten imperialistischen Gestalten charakterisiert hatten, dessen «Horden» Russland eroberten³.

Entsprechende wissenschaftliche Arbeiten umfassenden Charakters liegen aber nur in bezug auf den südosteuropäischen Raum vor, wo die nationale Frage zweifelsohne am akutesten ist und auch in der Geschichte die grössten Komplikationen, blutige Aktionen und Reaktionen ausgelöst und diesen Raum zum Spielball der Grossmächte gemacht hat⁴. Hier blieb sowohl der innerstaatliche als auch der zwischenstaatliche Aspekt des nationalen Antagonismus erhalten; er könnte gelegentlich erneut zu internationalen Komplikationen führen.

Leider muss festgestellt werden, dass moderne zusammenfassende Werke über beide Aspekte der nationalen Frage in bezug auf Ostmitteleuropa und die Sowjetunion fehlen; das ist um so bedauerlicher, als die sowjetische

Geschichtsliteratur – besonders aber die historischen Zeitschriften⁵ – im Lauf der letzten zehn Jahre eine beträchtliche Anzahl von Büchern und kleineren bis grösseren Studien von relativer historischer Objektivität und unter Berücksichtigung eines grossen Archivmaterials herausgebracht haben. Sie taten dies zum Teil, um die Behauptungen westlicher «Falsifikatoren» zurückzuweisen, zum Teil um die «Fehler» der Memoirenliteratur der zwanziger Jahre zu korrigieren und auf die Gefahr des bürgerlichen Nationalismus hinzuweisen. Dabei werden die Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner unterdrückter Völker kritisch und ablehnend dargestellt, aber immerhin erwähnt, und es wird auch die Hilfe des russischen Brudervolkes im «Kampf» einer Handvoll Kommunisten gegen die «bürgerlichen Nationalisten» erörtert. Die politisch-wissenschaftliche Literatur widmet hingegen der marxistisch-leninistischen Beleuchtung der nationalen Frage in der Gegenwart grosse Aufmerksamkeit.

Gesamtdarstellungen

Emil Lengyel behandelt zwar kurz die nationale Frage in allen osteuropäischen Staaten, seine Ausführungen sind journalistisch glänzend verfasst, seine Feststellungen sind sehr geistreich, aber sie können keinesfalls eine Monographie ersetzen⁶. Seine Behauptungen sind meistens sehr treffend; er hat die Begabung, das Wesen der Frage in einem kurzen Satz wiederzugeben, doch sind seine Feststellungen und Behauptungen leider nicht wissenschaftlich untermauert. Dagegen dürfen die Ausführungen *T. H. Rigbys* wissenschaftlichen Rang beanspruchen⁷. Allerdings be-

fassen sie sich nur mit der nationalen Zusammensetzung der KPdSU und deren «nationalen Sektionen», sind aber für unser Anliegen deshalb äusserst wichtig, weil die KPdSU der «leitende Kern von Staat und Gesellschaft» (Art. 126 der Sowjetverfassung) ist. Die vom Verfasser veröffentlichten Tabellen beweisen eine interessante Entwicklung: In den ersten Jahrzehnten war das russische Element in diesem «leitenden Kern» absolut vorherrschend, heute ist es, verglichen mit seinem Anteil an der gesamten Bevölkerung, immer noch überproportional vertreten, aber bei weitem nicht mehr im selben Mass wie früher, als in den zentralasiatischen Parteien sogar die Stammnationen in der Minderheit waren. Leider fehlt es an einer ausführlichen Behandlung der nationalen Zusammensetzung der führenden Parteiorgane, in denen die Russen besonders übervertreten sind.

Der von *Boris Meissner* herausgegebene ausgezeichnete Sammelband über «Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa und China» behandelt alle Oststaaten getrennt⁸. Die einzelnen Studien behandeln drei Aspekte der nationalen Frage bzw. des Selbstbestimmungsrechts: die Völkerrechtstheorie, die Rechtsstellung der nationalen Minderheiten und die ausserpolitischen Aspekte des Selbstbestimmungsrechts. Trotz äusserst gründlicher Arbeit können die einzelnen Studien infolge ihres beschränkten Umfangs nur die Grundfragen erörtern, ohne auf die Einzelheiten einzugehen. Auf den historischen Hintergrund mussten die einzelnen Verfasser natürlich verzichten. Es ist ferner bedauerlich, dass die Autoren des Sammelbandes in ihren ausgezeichneten Studien die Er-

fahrungen des Prager Frühlings 1968 schon nicht mehr behandeln konnten, weshalb auch der Versuch zur Regelung der Minderheitenfrage in der ČSSR durch ein entsprechendes Nationalitätengesetz nicht dargestellt wird. Die sehr umfangreiche sowjetische Fachliteratur über die nationale Frage konnte ebenfalls nur am Rande berücksichtigt werden⁹. Was die Minderheitenpolitik der ČSSR betrifft, kann man sich *heute* mindestens in einem Fall, nämlich in der Politik gegenüber dem Magyarentum, auf ausgezeichnete wissenschaftliche Arbeiten stützen, die im Sammelband von Meissner in dem an sich sehr lehrreichen Artikel von Lothar Schulz (S. 74–87) ebenfalls nicht berücksichtigt werden konnten. Ein Pressburger Dozent, der Slowake *Juraj Zvara*, hat mehrere Studien über dieses Problem veröffentlicht¹⁰, in welchen er die grausame Magyarenverfolgung nach dem Zweiten Weltkrieg mit grosser Objektivität behandelt und verurteilt. Auch die Kulturverbände der einzelnen Nationalitäten (Magyaren, Ukrainer, Polen, seit Ende 1968 die Deutschen) haben einige wichtige Details über die jüngste Vergangenheit mitgeteilt, und die Presse hat 1968 über viele Erscheinungen des slowakischen Nationalismus berichtet. Aber alle diese Fragen warten noch auf ihre Bearbeitung.

Eine offene Frage

Die Mängel der sich mit dem südosteuropäischen Raum befassenden, oben angeführten, an sich ausgezeichneten Arbeiten kann man wie folgt zusammenfassen: Keine von ihnen beschäftigt sich mit der Bodenreform in den Nachbarstaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, obwohl solche

zweimal, nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg, durchgeführt wurden und beidemale einen ausgesprochen nationalen und gegen die Minderheiten gerichteten Charakter hatten. Am weitesten ging dabei die Tschechoslowakei 1945, wo man sich auf die «kollektive Schuld» der Nichtslawen berief, um deren Hab und Gut entschädigungslos zu entziehen, sie ihrer Staatsbürgerschaft zu berauben und aus dem Lande oder mindestens ins Landesinnere zu deportieren. Das Dekret vom 27. 2. 1945 des Slowakischen Nationalrates über die entschädigungslose Konfiszierung aller Vermögensobjekte von Deutschen, Magyaren und Landesverrättern, das Dekret des Staatspräsidenten vom 19. 5. 1945 «Über die Ungültigkeit einiger vermögensrechtlicher Vereinbarungen in der Periode der Besetzung und über die nationale Verwaltung des Vermögens von Deutschen, Magyaren, Verrättern, Kollaborateuren und einigen Organisationen» sind Dokumente, die an die schlimmsten Zeiten des nationalsozialistischen Deutschland erinnern und über welche selbst der Slowake *Juraj Zvara* – mindestens im Zusammenhang mit dem Magyarentum – aussagt, sie seien das Produkt eines slowakischen Nationalismus, der damals alle Schichten, auch Arbeiter und Kommunisten erfasst habe. Art. 3 und 8 des letzterwähnten Dekrets stellen Slawen und Nichtslawen gegeneinander. Die von den Nichtslawen konfiszierten Liegenschaften wurden einem nationalen Bodenfonds zugeführt und «Personen slawischer Nationalität» zugeteilt (Art. 8). Lagen nicht genügend Anträge vor, so wurde der Boden Staatseigentum; Personen nichtslawischer Nationalität durften keinen Boden erhalten (Art. 3).

Paul Shoup berichtet in seinem Buch über die nationale Frage in Jugoslawien, über die serbischen Siedler in den nichtserbischen Gebieten¹¹. Diese Siedler waren sehr unbeliebt, und die lokale Bevölkerung verlangte im Zweiten Weltkrieg ihren Rücktransport. Allerdings erwähnt Shoup nicht, wie diese «serbischen Kolonisten» nach Kossovo-Metohija gekommen waren und dass solche Kolonisten auch in der Vojvodina und anderswo zu finden sind. Die Bodenreform wurde also missbraucht, um die frühere herrschende Nation zu schwächen und die neue herrschende Nation zu stärken. So war es auch in Rumänien. Die heutige, ultranationalistisch gefärbte rumänische Geschichtsschreibung berichtet als Beweis für eine «gerechte» Verteilung der enteigneten Liegenschaften nach dem Ersten Weltkrieg, dass in Siebenbürgen 367 000 Bauern Boden erhielten; davon waren 82 640 Nichtrumänen und 274 376 Rumänen (mit ihren Familien). Dabei wird jedoch nicht darauf hingewiesen, dass durch Ansiedlung rumänischer Bauern das Regime den nationalen Charakter gewisser Gebiete ändern wollte¹². Die Tatsache, dass sich die aufgezählten Bücher über Südosteuropa viel eingehender mit dem zwischenstaatlichen Nationalismus als mit der Minderheitenpolitik beschäftigen, hat zur Folge, dass der rechtlichen Lage der Minderheiten verhältnismässig geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde; eine Ausnahme bildet Lendvai.

Der Fall Rumänien

Die grösste zusammenfassende Arbeit über die nationale Frage im südosteuropäischen Raum ist das Werk von *Paul Lendvai*¹³. Sein Buch über den

«roten Balkan» verbindet wissenschaftliche Objektivität mit Genauigkeit und einem leicht lesbaren Stil. Besonders verdienstlich ist, dass er die Gegenwartsprobleme auf einer breiten historischen Basis behandelt, wodurch der Leser die heutigen Ereignisse in einem breiten Zusammenhang kennenlernt. Sein Buch dient sowohl zur allgemeinen Information für Nichtfachleute als auch als wichtige Lektüre für Fachleute. Nach einer Einleitung behandelt er – wie auch Hans Hartl, Viktor E. Meyer und Emil Lengyel – die einzelnen kommunistisch regierten Balkanländer. Das Buch befasst sich in seinen wichtigsten Teilen mit Rumänien; das ist richtig, denn erstens fehlt eine grössere Abhandlung über den rumänischen Nationalismus und zweitens versteht es der Verfasser, den jetzigen rumänischen Nationalismus in einen breiteren historischen Rahmen zu stellen. So behandelt er kurz das «Rätsel des Mittelalters», das auch in der rumänischen Geschichtsschreibung und besonders in der Parteipraxis eine so unterschiedliche Beleuchtung erhalten hat und damit das Problem der Herkunft der Rumänen. Ist es möglich, dass die Rumänen nach dem Rückzug Aurelians und seiner Legionen aus Siebenbürgen rund 1000 Jahre in diesem Gebiet lebten und in keiner Chronik, in keiner Urkunde erwähnt wurden und auch keine architektonischen Zeugen hinterliessen? *Hans Hartl* erinnert kurz an die Diskussion über die dakorumänische Herkunft, an die Kritik der Partei am berühmten Historiker Jorga, der diese Herkunft verteidigte, an seine Rehabilitierung 1966 und an die heutige Führung, die sich diese These erneut zu eigen machte (S. 28 bis 29)¹⁴. Nach Lendvai war die ru-

mänische KP fast zwei Jahrzehnte nicht nur nicht rumänisch, sondern direkt antirumänisch, da sie auf Komintern-Beschluss hin im «Vielvölkerstaat» Rumänien die Selbstbestimmung der Völker bis zur Sezession verlangte (S. 301–302). Erst Ceausescu setzte sich 1966 für den nationalstaatlichen Charakter Rumäniens und gegen das Recht auf Selbstbestimmung ein (Meier, S. 19).

Die rumänische Stellungnahme zur nationalen Frage stützt sich auf Ceausescus Worte vom 7. 5. 1966: «Die marxistisch-leninistische Lehre verkündet das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht zum Zwecke der Zerstückelung der bestehenden Nationalstaaten, sondern im Gegenteil im Hinblick auf die Befreiung der unterdrückten Völker und ihren Zusammenschluss in souveränen Nationalstaaten» (Neuer Weg, Bukarest, 8. 5. 1966). Dieser Satz hätte von allen drei Verfassern zitiert werden müssen, da er klar beweist, dass Rumänien in der nationalen Frage eine doppelte Politik führt: Es erhebt auf Grund der Selbstbestimmung – natürlich indirekt – Anspruch auf die von den Sowjets besetzten rumänischen Gebiete – die Moldau –; innerhalb der eigenen Grenzen verwehrt es jedoch dasselbe Recht den eigenen Minderheiten. Sehr wichtig sind in diesem Zusammenhang die Ausführungen Lendvais über die Lage der grössten Minderheit, der Magyaren in Siebenbürgen (S. 368 ff.). Auch Meier weist sehr treffend auf den nationalistischen Trend im rumänischen Kulturleben hin: «Was rumänisch ist, ist gut» (S. 24).

Sowohl Meier (S. 132) als auch Lendvai (S. 372 ff.) lassen durchblicken, dass Rumäniens Minderheitenpolitik in Zukunft zu Komplikationen zwischen

Ungarn und Rumänien führen könnte. Lendvai zitiert Kádárs Äusserung von Mitte 1966, in welcher er das «Diktat von Versailles und Trianon» verurteilte, da letzteres «das Gebiet Ungarns amputierte» (S. 373), während Meier Kádárs frühere Beteuerung (1958) erwähnt, wonach Ungarn keine territorialen Ansprüche gegen Rumänien erhebe (S. 132). Lendvai charakterisiert Rumäniens Haltung sehr treffend: für Bessarabien offensiv, für Siebenbürgen defensiv (S. 373).

Lengyel nennt die rumänische Aussenpolitik eine «Diplomatie der Meteorologie» und die rumänischen Diplomaten «Meteorologen-Diplomaten» (S. 216), was für die Gegenwart natürlich nicht gelten kann. Lendvai behandelt die rumänische Politik sehr treffend: «Im Gegensatz zur romantischen Schwäche der Polen oder Ungarn ... hatten die Herrscher Rumäniens, ob es sich um die Fürsten der Moldau oder der Walachei, um Könige und liberale Politiker, monarchofaschistische Diktatoren oder kommunistische Parteiführer handelte, stets die Neigung, Festigkeit in den Grundfragen mit Geschmeidigkeit in der Taktik und einem Schuss opportunistischer Schläue zu mischen» (S. 287). Als Beispiel erwähnt er Rumäniens dreimaliges Umschwenken innerhalb von vier Jahren im Ersten Weltkrieg (S. 291.)

Rumänien steht infolge der nationalen Frage innen- wie aussenpolitisch vor schwierigen Problemen. Hartl und Meier erwähnen die ablehnende sowjetische Stellungnahme zu den rumänischen Anspielungen auf die «Sowjet»-Moldau. Lendvai vermittelt sogar ein klares Bild über den Streit um die Moldau (sind die Moldauer Rumänen oder nicht?) (S. 296 ff.). Eine etwas besser dokumen-

tierte und ausführlichere Behandlung der sowjetischen Haltung wäre angesichts der Wichtigkeit der Frage notwendig gewesen, um klar zu beweisen, dass die Sowjets für andere Völker das verlangen, was sie selbst den eigenen nicht geben wollen. Von der grossen Anzahl der sowjetischen Bücher und Abhandlungen über die Moldau wäre zum Beispiel der Artikel des (russischen) Rektors der Universität Kischinew, Prof. A. M. Lazarew, erwähnenswert gewesen. Er lehnt die rumänische Behauptung ab, wonach es keine Moldauer, sondern nur östliche Rumänen gebe¹⁵.

Komplexes Jugoslawien

Shoups gut dokumentierte Arbeit ist sowohl dem innerstaatlichen als auch dem zwischenstaatlichen Aspekt der nationalen Frage in Jugoslawien gewidmet; aber auch Hartl, Meier und besonders Lendvai beschäftigen sich mit diesem Problem. Alle vier Autoren charakterisieren den Jugoslawismus eindeutig als Aushängeschild der serbischen Hegemoniebestrebungen (bis 1966), wodurch Kroaten, Slowenen, aber auch Mazedonier in eine Art kolonialer Abhängigkeit gerieten. Alle betonen aber die positive Wendung nach 1966. Seit 1967 scheinen eher Kroaten und Slowenen in der Offensive zu sein, besonders im Sprachenkampf; beide verlangen sprachliche Souveränität, die Ersetzung der «serbokroatischen» Sprache durch serbische und kroatische Sprachen. Lendvai und Hartl schildern die Wendung der jugoslawischen Nationalitätenpolitik zugunsten der Albaner und Magyaren, die je eine autonome Region (Vojvodina und Kossovo-Metohija) im Rahmen der Serbischen Republik haben.

Bedauerlicherweise behandelte keiner der Autoren das 1965 in Ljubljana abgehaltene Seminar über die multinationale Gesellschaft, das von der UNO in Zusammenarbeit mit der jugoslawischen Regierung veranstaltet wurde. Hier kam nämlich die unterschiedliche Auffassung in bezug auf die Regelung der nationalen Frage zwischen westlichen und östlichen Fachleuten zum Ausdruck, wobei Jugoslawien eher zum Westen hielt. Die Mehrheit der Teilnehmer verlangte die Anerkennung des Rechts der Nationalitäten auf *politische* Tätigkeit im Rahmen einer eigenen Organisation, das heisst eine Interpretation des Vereinsrechts, dass Angehörige der Minderheiten mit ihrer ausserhalb der Grenzen lebenden Nation gemeinsame Organisationen bilden, Lehrer aus dem Ausland anstellen können, eine Ideologie vertreten dürfen, die nicht mit jener der Landesregierung übereinstimmt usw.¹⁶. Trotz liberaler Behandlung der Nationalitäten durch Jugoslawien werden diese Rechte auch dort nicht vollumfänglich anerkannt. Der Diskussionsbeitrag des sowjetischen Delegierten, Rasulow, erläuterte die sowjetische Stellungnahme, die sich in der Ablehnung jeglicher Auslandkontakte der Nationalitäten mit ihrer Stammnation erschöpft. Solche Kontakte und nationale Vereine würden, heisst es, nur der imperialistischen Auflockerungspolitik dienen.

Was die praktische jugoslawische Nationalitätenpolitik betrifft, so haben alle Autoren unterlassen, die Ergebnisse einer Untersuchung über die Lage der nationalen Minderheiten in Jugoslawien zu erwähnen. Sie wurde von der Federal Union of European Nationalities mit Bewilligung der jugoslawischen Regierung 1965 durchgeführt und schildert

die Lage des Magyarentums in der Vojvodina sehr positiv. Die Untersuchung wies aber auf eine grosse Schwäche der jugoslawischen Nationalitätenpolitik in Richtung der Deutschen hin. Es wird beispielsweise angeführt, die Volkszählung in der Vojvodina habe sogar die 1900 Seelen zählenden Skipetaren erfasst, über die Deutschen aber kein Wort verloren. Die jugoslawischen Behörden schätzen die Zahl der Deutschen in der Vojvodina auf 3500, in ganz Jugoslawien auf 25 000 (1931 lebten hier 500 000 Deutsche, 300 000 davon in der Vojvodina). Die Delegation der Federal Union gab ihrem Bedauern Ausdruck, dass die jugoslawische Regierung es für unmöglich ansehe, ihre Haltung mindestens gegenüber jenen Deutschen zu ändern, die für die Kriegsverbrechen nicht mitverantwortlich gemacht werden können¹⁷.

Die Rolle der KP

Ausgezeichnet schildert Shoup das Ringen der KP Jugoslawiens im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht von der Parteigründung bis zum Zweiten Weltkrieg. Was Lendvai über die rumänische KP schrieb – sie sei antirumänisch gewesen – gilt auch für die KPJ. Die Komintern drängte allen «nationalen Sektionen» den sowjetrussischen Standpunkt zur nationalen Frage auf, sie nahm 1928 sogar für die Aufteilung Jugoslawiens Stellung (Shoup S. 38). Anfangs lehnte die KPJ die Selbstbestimmung ab, 1923 wurde sie aber doch angenommen und während 15 Jahren befürwortet. Shoup behandelt die direkten Einmischungen der Komintern in die inneren jugoslawischen Angelegenheiten. Die Kommunisten Jugoslawiens wandten sich

also im Zeichen der Kominternlinie und im Interesse der sowjetischen Politik gegen den eigenen Staat. Nachdem sie die Macht ergriffen hatten, distanzieren sie sich – wie die rumänische KP 1966 – allerdings von ihrer ursprünglichen Politik.

Shoup vermittelt ein ausgezeichnetes Bild über das Ringen der bulgarischen, jugoslawischen und griechischen Kommunisten um Mazedonien sowie über die Bemühungen Titos und Dimitroffs für eine Föderation. Was die nationalen Gegensätze in der Wirtschaftspolitik betrifft, geben sowohl Lendvai als auch Shoup eine ausführliche Orientierung (Shoup S. 229ff., Lendvai S. 101–163). Auf das Wesen der Gegensätze weist Lendvai (S. 149) mit den Worten des mazedonischen Parteichefs, Crvenkovski, hin: «Man sollte nicht nur von Hilfe reden, sondern auch darüber, dass wir für Maschinen, die jugoslawische Vertragspartner für unsere bisherigen Stahlwerke lieferten, um 40% höhere Preise als auf dem Weltmarkt zu zahlen hatten.»

Von grosser Bedeutung für die Lösung der nationalen Frage in Jugoslawien ist die nationale Zusammensetzung der Partei und besonders der Parteispitze. Shoup veröffentlicht im Anhang mehrere Tabellen, die beweisen, dass in den Führungskreisen das serbische Element übervertreten, die übrigen staatsbildenden slawischen Völker etwas untervertreten und die Nationalitäten vernachlässigt werden. 1964 waren die Serben in der Partei mit 51,5%, in der Bevölkerung mit 42,8% vertreten; die Kroaten entsprechend mit 18,6 bzw. 23,1%, die Slowenen mit 7,1 bzw. 8,5% und die Magyaren mit 1,2 bzw. 2,7% (1957 noch mit 1,1 bzw. 3%) vertreten (S. 270). Was die Frage

des Einparteiensystems und das Verbot der Opposition betrifft, so hat Meier wahrscheinlich recht, wenn er behauptet, in Jugoslawien gebe es heute eigentlich sechs kommunistische Parteien, und Jugoslawien sei ein Sechsparteienstaat (S. 63).

Über Albanien und Bulgarien vermittelt Lendvai die ausführlichste Information. Lendvai, Meier, Hartl und Shoup behandeln den jugoslawischen Kleinstaatsimperialismus in Richtung dieser zwei Balkanstaaten: Tito wollte beide Jugoslawien anschliessen. Die imperialistischen Aspirationen Jugoslawiens gipfelten 1947/1948. Der Ausschluss der KPJ aus dem Kominform setzte diesem Imperialismus mit einem Schlag ein Ende, und beide Nachbarstaaten entfesselten nationalistische Propaganda gegen Jugoslawien. Die Mazedonien-Frage zwischen Jugoslawien und Bulgarien ergibt auch heute Schwierigkeiten, während sich das jugoslawisch-albanische Verhältnis etwas beruhigt hat. Die Jugoslawen machen jedoch auch heute noch einen Unterschied zwischen den in Jugoslawien lebenden Albanern, die sie «Skipe-taren» nennen, und den eigentlichen Albanern («Albanci»), obwohl eine solche Unterscheidung in Kosovo-Metohija heute als unbegründet kritisiert und abgelehnt wird (Lendvai, S. 223). Hartl widmet in seiner mit grosser Sachkenntnis verfassten Arbeit auch der prinzipiellen Stellungnahme der einzelnen Staaten zur nationalen Frage, und zwar nicht nur im rein juristischen Sinn (wie dies im Werk «Das Selbstbestimmungsrecht ...» naturgemäss geschieht), sondern auch philosophisch und praktisch-politisch grosse Aufmerksamkeit. Damit wird das Bild von der Behandlung der natio-

nen Frage in Südosteuropa abgerundet und ergänzt.

László Révész

¹3 328 360 von insgesamt 10 485 087 Magyaren nach der Volkszählung von 1910. Viktor E. Meier, *Neuer Nationalismus in Südosteuropa*, C. W. Leske Verlag, Opladen 1968, spricht – jedoch ohne Quellenangabe – von nur 2,5 Millionen Magyaren unter fremder Herrschaft (S. 129). – ²Vgl. Ignacy Blum: *Polacy w Związku Radziekim* (Polen in der Sowjetunion) *Wojskowy Przegląd Historyczny*, Warschau, Nr. 1/1967, S. 146–173. – ³Vgl. Unen, *Ulan-Bator*, 30. 12. 1963, S. 2. – ⁴Ungarns Teilnahme am II. Weltkrieg hauptsächlich in Hoffnung auf eine Verwirklichung nationaler Aspirationen gegenüber der ČSR, Rumänien und Jugoslawien; Bulgariens wegen Mazedonien, Rumäniens wegen der Moldau usw. – ⁵*Istorija SSSR, Voprosy Istorii KPSS, Voprosy Istorii, Obščestvennye Nauki v Uzbekistane, Novaja i Novejšaja Istorija*, die Zeitschriften für Geschichte der Universitäten von Moskau und Leningrad, z. T. sogar die Zeitschrift *Mirovaja Ekonomika i Meždunarodnye Otnošenija* usw. – ⁶Emil Lengyel, *Nationalism – The Last Stage of Communism*, Funk & Wagnalls, New York 1969. – ⁷T. H. Rigby, *Communist Party Membership in the U.S.S.R., 1917–1967*, Princeton University Press, Princeton 1968. – ⁸Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa und China, hg. von Boris Meissner, Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1968. – ⁹Hauptsächlich *Kommunist* und die zentralen Parteizeitschriften der einzelnen kommunistischen Parteien, ausserdem noch *Voprosy Filosofii* und die Zeitschriften für Philosophie der Universitäten von Moskau und Leningrad. – ¹⁰Vgl. seine letzte grössere Abhandlung: «A magyar dolgozók részvétele a szocialista Csehszlovákia építésében (Die Teilnahme der ungarischen Werktätigen am Aufbau der sozialistischen Tschechoslowakei)», in: *Magyarok Csehszlovákiában*

(Ungarn in der Tschechoslowakei), Sammelband, Pressburg, Epocha Verlag 1969, S. 203–284. – ¹¹Paul Shoup, *Communism and the National Question*, Columbia University Press, New York 1968. – ¹²Vgl. Stefan Pascu, Constantin C. Giurescu, Josif Kovacs und Ludovic Vajda, «Einige Fragen der landwirtschaftlichen Entwicklung in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie», in: *Die Agrarfrage in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1900–1918*, Sammelband, Bukarest, Verlag Akademie der Wissenschaften 1965, S. 65 ff. – ¹³Paul Lendvai, *Der rote Balkan – Zwischen Nationalismus und Kommunismus*, Fischer-Verlag, Frankfurt 1969. – ¹⁴Hans Hartl, *Nationalismus in Rot – Die patriotischen Wandlungen des Kommunismus*

in Südeuropa, Seewald Verlag, Stuttgart 1968. – ¹⁵«Puti stanovlenija moldavskoj sovetskoj nacional'noj gosudarstvennosti (Der Werdegang der Moldauer sowjetischen nationalen Staatlichkeit)», in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo*, Moskau, Nr. 12/1968, S. 22–30. – ¹⁶Seminar on the Multi-National Society, Report on the United Nations Seminar on the Multi-National Society, Ljubjana 8–21 June 1965. New York, United Nations 1965. – ¹⁷Report on the Situation of Nationalities in the Autonomous Province of Vojvodina, Rolighed-Rungsted Kyst, Federal Union of European Nationalities 1966. – Die Volkszählung von 1953 wies noch 60 000 Deutsche aus, vgl. «Das Selbstbestimmungsrecht . . .», S. 141.

DAS PORTRÄT DES KÜNSTLERS ALS GAUKLER

Schräg, traurig, schuldig fast trifft uns der Blick von Picassos Selbstbildnis als Gaukler vom Umschlag des Buches von Jean Starobinski¹. Es ist das Symbol einer ausserordentlichen moralischen Situation, ambigüöser Bedeutung, welches der Genfer Kritiker in einem überraschenden Essay deutet: «*Portrait de l'artiste en saltimbanque*.» Die diskrete Methode der Analyse, der Verzicht auf Schaustellung in der Behandlung eines so unkonformistischen Themas, die ständige Kontrolle anhand von Texten und Bildern, die aufhören, einfache «Dokumente» zu sein, die massvolle und feinsinnige Interpretation und endlich die Ergebnisse machen aus dieser Arbeit eine moderne kritische Lektüre in wahrstem Wortsinne: hermeneutisch und semantisch, bestimmt und doch immer offen, geleitet von einer Idee, die sich entwickelt und gewissermassen durch sich selbst klärt. Die indirekte Ausklammerung der Improvisation, der Divagation, der fal-

schen Originalität und des essayistischen Schwungs, sogar bei der Behandlung eines paradoxen Themas, das wie prädestiniert für kritische Virtuosität und «Harlekinade» erscheint, ist nicht jedermanns Sache. Jean Starobinski beweist, dass man sehr gewagte Themen mit Entschlossenheit, aber auch mit Geschmeidigkeit beherrschen kann und dass man sich genau so sicher unter klassischen und modernen Texten in der Bibliothek oder in den Kunstgalerien bewegen kann.

Es ist nicht weniger wahr, dass das Bild des Gauklers mit allen seinen Abwandlungen – Harlekin, Possenreisser, Clown, Akrobat – sich «symbolischer» Lektüre und vielstelliger Interpretation besonders anbietet. Zwischen den historischen Hypostasen des Gauklers lässt sich ein ununterbrochener Kreislauf von Implikationen, Andeutungen und Suggestionen feststellen, gleichsam alluvial geschichtet. Nur diese ständige Schichtung ermöglicht die vielfältige

Interpretation eines Symbols, dessen Wesenszüge darin bestehen, dass *alle* seine Be-Deutungen unweigerlich zu einer ästhetischen Schlussfolgerung führen. Alle über-setzen, eine kreative Situation, alle sind «Schlüssel» und «Hieroglyphen» des künstlerischen Prozesses, Formen körperlicher, plastischer oder literarischer «Schrift», funktional instabil und undefinierbar.

In der Neuen Kritik wurde bis zum Überdruß von «Polyvalenz» und «Polysemie» gesprochen. Nun existiert und erscheint die Gestalt des Gauklers immer wieder, wie um eine solche Lektüre zu stiften und zu legitimieren. Der Gaukler kann nur in Freiheit und Unmittelbarkeit leben. Durch diese vorsichtige Präzisierung wird die von Jean Starobinski vorgeschlagene Interpretation sehr einsichtig.

Das Auftreten und die Entwicklung des Gauklersymbols in der Literatur und dann in der Plastik, essentiell vollzogen zwischen 1830 und 1870, entsprechen dem typisch romantischen Unvermögen der Adaption und der Absage an Ehrwürdigkeit, Monotonie und Banalität jener Zeit, denen eine Märcheninsel des Irrealen und des Wunders, des Neuen und der Phantasie gegenübergestellt wird. Wir müssen aber hinzufügen, dass diese Interpretation zwar exakt, aber evident und auf der Hand liegend ist. Der Clown fordert heraus und verwirrt die konformistische Mentalität, bringt ein Moment der Überraschung und Zwanglosigkeit hinzu und zerstört den Rhythmus der mechanischen und prosaischen Existenz. Er ist ein ausser-ordentlicher und unberechenbarer Faktor, dem bürgerlichen Geist entgegengesetzt, er steht am Gegenpol des Philistertums.

Weitaus tiefer und reicher an ver-

borgenen Bedeutungen erweist sich das travestierte Selbstbildnis, das hyperbolische und absichtlich deformierende Bild, das der Künstler von sich äussert und welches zur selben Zeit spöttelnd, sarkastisch und schmerzhaft ist. Die Insistenz, mit der zahlreiche Schriftsteller, von Musset und Flaubert bis Jarry, sich bei einer solchen Identifizierung gefallen, ist in der Tat aufwühlend. Der Gaukler symbolisiert das Schicksal des Schöpfers und seines Werkes: einsam, «verdammte» (die Nuance verlangt hervorgehoben zu werden), erbärmlich und spektral, ein Opfer der Schöpfung und vom Leben gezeichnet, ein närrisches und grausames Sinnbild alltäglicher Tragik, mystifiziert und durch groteske oder unbarmherzige Gesten entlarvt. (Es sei hier auch an Minulescus Gedicht «*Ultima ora*» – Letzte Stunde – «Le Cirque / Un accident banal...» – Im Zirkus / Ein banaler Unfall . . . – erinnert).

Denn das Ambigüöse des Clowns besteht zum Grossteil aus dieser Mischung von falschem Glanz und brutaler Wirklichkeit, Illusion und Demystifikation, Aufstieg und Sturz in sublimem und lächerlichem Stil. Die Dualität ist jedoch vielschichtiger. Doch alle Bedeutungen gehen in dieselbe Richtung: der Schwankung zwischen Apparenz und Essenz, körperlicher Verkrüppelung und Vergeistigung, Niederlage und Sieg, Opfer und Rettung (das Paar: Christus / Clown!) zwischen menschlichem Schicksal einerseits und Künstlertum andererseits. In Wirklichkeit geht es um gegensätzliche, archetypische Situationen; sie führen bis zu den ursprünglichen Erfahrungen der Menschheit, bis zum Rückbestand ihrer Bilder. Übrigens hat der Gaukler eine sehr alte Tradition, die ursprüng-

lich dionysisch, dämonisch war, nachher aber profaniert und parodiert wurde.

Dieser Mythos des Schöpfers als Gaukler, von Schmerzen und Misserfolgen gezeichnet, wird von einer Anschauung der *Creatio* überlagert. Der Gaukler wird das symbolische Äquivalent des allgemeinen künstlerischen Aktes, der Kunst als Idealität (mit vielen «ästhetischen» Illusionen), in ständigem Höhenflug nach Vollkommenheit stehend und dann durch Erniedrigung immer mehr der «Gewandtheit» dem «Spiel» und poetischen «Gauklereien» verfallend. Im Bild des literarischen *Histrione*, des Schöpfers, der seine Tricks und Geschicklichkeit verbirgt, sehr klar in *The Philosophy of Composition* von Poe definiert, müsste man vielleicht auch die schützende Gottheit erkennen. Die Idee der Geschmeidigkeit und Grazie in der künstlerischen Ausführung, die vorangehend durch lange und peinliche Übungen verwirklicht wurde, erscheint noch einmal bei Baudelaire und Mallarmé, denn Gauklertum und Virtuosität sind eigentlich Synonyme. In diesem Sinne will das Symbol die vollendete Professionalisierung und die Freiheit der Kreation bedeuten. Kurzum: Vollkommenheit, technisches Wunder, Triumph des unfehlbaren Jonglierens mit Reim, Rhythmus und Wort (Explizite Programmschrift vor allem bei Banville).

Die modernste Erscheinungsform des Gauklers bleibt jedoch die Karikatur, die Parodie des eigenen Bildes als wahrhaftiges Spott-Symbol der Kunst und der künstlerischen Berufung zugleich. Anfangs ist der Gaukler anti-klassisch, antiakademisch, um später ein Symbol der Degradierung und des Zusammenbruchs jeder Kunst zu wer-

den. Denn was ist Baudelaires *Le vieux saltimbanque*, wenn nicht die bittere, selbstkritische Ironie des lebensüberdrüssigen Literaten? War sein Spiel im Zeichen des Versagens und der endgültigen Niederlage, wenn nicht das Bild seines künstlerischen Misserfolges, seiner Vergänglichkeit und der Kurzfristigkeit der ästhetischen Lösungen? Von hier bis zum gegenwärtigen Begriff der Antikunst ist nur ein Schritt, der von allen Formen der Absage, das imbezill eingeschätzte Publikum noch zu «unterhalten», antizipiert wurde vom stringenten Gefühl des Lächerlichen, welches die Daseinsform des Gauklers auf der Bühne begleitet. Seine öffentliche Abwertung wird immer allgemeiner, und gleichzeitig schleicht sich ins Bewusstsein jedwelchen Gauklers mehr und mehr der Zweifel ein an seiner Berufung und am Sinn seiner «Kunst». Widersprüchlich, polemisch und «kritisch» durch Prädestination, mythische Tradition und Definition, endet dieser traurige und lächerliche Held gleichsam, da er keine Rechtfertigung mehr finden kann. Höchste Bewusstheit? Symbol der hyperintellektualisierten modernen Kunst, die mehr und mehr den Abhang der eigenen Verneinung hinuntergleitet?

Jean Starobinski verfolgt diese Grenz-Richtung in seinen Erhebungen und Meditationen nur in geringem Masse. Dass er dazu aber berechtigt wäre, determiniert von seiner gesamten Analyse und gleichsam als deren Weiterführung, ist über jeden Zweifel erhaben.

Adrian Marino

¹Jean Starobinski, *Portrait de l'artiste en saltimbanque*, Skira, Genève 1970.

HINWEISE

Wilfried Gottschalch legt mit seinem Buch «Soziologie der politischen Bildung» (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M.) Materialien über die soziologischen Hintergründe der politischen Bildung im Lauf der letzten 200 Jahre sowie über die wichtigsten Bestimmungsgründe politischer Bildung vor. Die Auswahl trifft er aus der Sicht der (linksorientierten) «kritischen Wissenschaft». Auch wenn man diese Perspektive nicht teilt, wird man dieses Buch schätzen, denn es weist mit seiner Fragestellung doch auf eine Reihe von Problemen des «staatsbürgerlichen» Unterrichts hin, deren man sich bisher noch zu wenig bewusst war und die auf jeden Fall einmal einer Klärung bedürfen.

*

Dass *Hans Zeisels* erstmals 1947 erschienenen und inzwischen in ein halbes Dutzend Sprachen übersetztes Buch «Say it with Figures» erst jetzt in deutscher Sprache greifbar geworden ist, kann man nur bedauern; aber um so mehr ist der Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, zu beglückwünschen, dass er es jetzt unter dem Titel «Die Sprache der Zahlen» herausgebracht hat. Dieses Buch, das in die quantitative Sprache tabellarischer Darstellung ein-

führt, ist nicht etwa eine Einführung in eine esoterische Welt mathematischer Statistik, sondern eine in mathematischer Hinsicht sehr einfache (nämlich nur bis zur «Operation» des Perzentuierens gehende) Darstellung einer bestimmten Art zu denken. Dabei handelt es sich um eine Denkmethode, die unter dem Begriff des «statistischen Schliessens» nicht nur im Bereich der Wissenschaft, sondern heute auch im Alltag unentbehrlich geworden ist, wenn es beispielsweise darum geht, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu begreifen.

*

In der Reihe der von der Ecole d'Interprètes an der Universität Genf herausgegebenen Taschenwörterbücher ist unter dem Titel «Die Konjunktur in der Wirtschaftssprache» (Librairie de l'Université, Georg & Cie S.A., Genève) soeben ein französisch-deutsches Wörterbuch erschienen. Die Verfasser, *John Agad* und *R. P. Schwarz*, haben sich bemüht, bei der Auswahl der angeführten Begriffe nicht bloss den Erfordernissen des Übersetzerberufs Rechnung zu tragen, sondern auch die Bedürfnisse des Alltags in der Wirtschaft zu berücksichtigen.

Mitarbeiter dieses Heftes

Dr. sc. nat. ETH Heinz Albers, 8044 Zürich, Zürichbergstrasse 46

Dr. phil. Alfred Cattani, 8132 Egg, Brunnenwiesstrasse 3

Helmut Kruschwitz, Sekundarlehrer, 8400 Winterthur, Buchackerstrasse 41

Dr. ès lettres Adrian Marino, Cluj (Rumänien), 72, rue Rakoczi

Dr. phil. Elsbeth Pulver-Spring, 3012 Bern, Neufeldstrasse 19

Prof. Dr. László Révész, 3000 Bern, Mittelstrasse 18

Prof. Dr. Harald von Riekhoff, Ottawa (Kanada), 73 Blackburn Street

Dr. phil. Rolf Urs Ringger, 8002 Zürich, Bederstrasse 82

Dr. iur. Alfred Schaefer, 8702 Zollikon, Seestrasse 14

Paul-Henri Spaak, Brüssel, 11, Bd. de L'Empereur

Dr. phil. Jörg Thalmann, B-1040 Brüssel, 78, Bd. Louis Schmidt

Dr. phil. Gerda Zeltner, 8032 Zürich, Rütistrasse 11